

Niederschrift über die 19. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Schule und Sport am 03.12.2013, 18:00 Uhr, Großer Sitzungssaal, Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

Anwesenheitsverzeichnis

		Bemerkung
Vorsitz		
Frau Rosemarie Niemeier	CDU	
stimmberechtigte Mitglieder		
Herr Thomas Biege	Pro Coesfeld	
Frau Annette Bischoff	Pro Coesfeld	
Frau Margret Goß	CDU	
Herr Dr. Bernhard Kewitz	CDU	
Herr Christoph Micke	CDU	
Herr Kai Oliver Mosel	FDP	
Frau Irmgard Potthoff	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Bernd Rengshausen	CDU	
Frau Martina Vennes	Pro Coesfeld	
Herr Hermann-Josef Vogt	SPD	
beratende Mitglieder		
Herr Dieter Goerke	Aktiv für Coesfeld	
Herr Andreas Hinz	Katholische Kirche	
Herr Dankward Niedermeier	Evangelische Kirche	
Verwaltung		
Frau Stefanie Benting	FBL 51	
Frau Dr. Mechtilde Boland-Theißen	FBL 43	
Herr Ulrich Kentrup	FB 51	
Herr Dr. Thomas Robers	Beigeordneter	
Sachverständige		
Frau Regina Harbig	Leiterin Laurentiussschule	anwesend von 18.00 - 18.07 Uhr
Frau Mareen Kamps	stellv. Leiterin Laurentiussschule	anwesend von 18.00 - 18.07 Uhr

Schriftführung: Herr Ulrich Kentrup

Frau Rosemarie Niemeier eröffnet um 18:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 20:17 Uhr.

Frau Regina Harbig als Schulleiterin und Frau Mareen Kamps als stellvertretende Schulleiterin der Laurentiuschule stellen sich den Ausschussmitgliedern vor und erläutern die Schwerpunkte ihrer künftigen Arbeit.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
- 2 Festlegung der kommunalen Klassenrichtzahl
Vorlage: 270/2013
- 3 Antrag CDU-Fraktion bzgl. Schulhof Kardinal-von-Galen Grundschule
Vorlage: 253/2013
- 4 Bericht über die Ausführung des Budgets 43 - Teilbudget Kultur -
Vorlage: 266/2013
- 5 Bericht über die Ausführung des Budgets 51 - Teilbudget Bildung und Freizeit
Vorlage: 272/2013
- 6 Entwurf des Haushaltsplanes 2014 - Budget 43 - Teilbudget Kultur
Vorlage: 267/2013
- 7 Entwurf des Haushaltsplanes 2014 - Budget 51 - Teilbudget Bildung und Freizeit
Vorlage: 268/2013
- 8 Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
- 2 Verleihung der Plakette der Stadt Coesfeld für hervorragende Verdienste um die Förderung des Sports in Coesfeld
Vorlage: 050/2013
- 3 Anfragen

Erledigung der Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
-------	-------------------------------------------------------------------

Besetzung Schulleiterstellen an den beiden städtischen Gymnasien

Herr Dr. Robers berichtet, dass die Schulleiter an den beiden städtischen Gymnasien zum Ende des Schuljahres 2013/2014 in den Ruhestand bzw. in die Freistellungsphase der Altersteilzeit treten und die Schulleiterstellen am Heriburg-Gymnasium und am Gymnasium Nepomucenum zum 01.08.2014 neu zu besetzen sind. Das Ausschreibungsverfahren der Bezirksregierung laufe zur Zeit.

Förderschuldiskussion, Zukunft der Fröbelschule

Herr Dr. Robers informiert über die Verabschiedung des Schulrechtsänderungsgesetzes, dass zum 01.08.2014 in Kraft treten wird. Im Anschluss sei auch die Mindestgrößenverordnung in Kraft gesetzt worden. Eine Ausfertigung sowie die Begründung der Mindestgrößenverordnung hat jedes Ausschussmitglied erhalten. Die Mindestgröße von 144 Schülerinnen und Schülern einer Schule mit Förderschwerpunkt Lernen sei beibehalten worden, so dass keine Förderschule im Kreis Coesfeld die Anforderungen erfüllt. In einem begründeten Fall sei mit Genehmigung der Bezirksregierung eine Förderschule auch an Teilstandorten in zumutbarer Entfernung mit jeweils mindestens 72 Schülerinnen und Schüler denkbar. Die Schulträger hätten die erforderlichen schulorganisatorischen Beschlüsse mit Wirkung spätestens zum Schuljahresbeginn 2015/16 zu fassen.

Zwischenzeitlich habe auch der Arbeitskreis Inklusion des Regionalen Bildungsnetzwerkes erneut getagt. Angestrebt werde von allen eine gemeinsame Lösung, die es den Eltern auch faktisch ermögliche, von ihrer Wahlmöglichkeit zugunsten einer Förderschule Gebrauch zu machen. Im Kreis Coesfeld werde es auf eine Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen mit Teilstandorten hinauslaufen. Auch seien Förderschulen im Verbund möglich, d. h. es können an einer Förderschule auch mehrere Förderschwerpunkte zur Stärkung des Standortes zusammengefasst werden. Mehrere Modelle seien also denkbar, sowohl hinsichtlich des Verbundes von Förderschwerpunkten als auch hinsichtlich der Teilstandorte, wobei diese immer mindesten 72 Schülerinnen und Schüler umfassen müssen. Der Arbeitskreis Inklusion werde sich nach dem Anmeldeverfahren 2014/15 wieder treffen, erst dann seien Einschätzungen hinsichtlich der Größenordnungen möglich. Letztlich entscheiden müssten dann die Gremien vor Ort nach den Sommerferien im dritten Quartal 2014.

Einrichtung gemeinsamen Lernens in den allgemeinen Schulen (Sekundarschulen)

Herr Dr. Robers berichtet, dass der Kreis Coesfeld im Rahmen der Übergänge der Grundschüler in die Klassen 5 eine Elternbefragung mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf vorgenommen habe. Für Coesfeld bestehe Interesse von 18 Schülerinnen und Schüler zur Beschulung an allgemeinen Schulen, 6 – 7 in der Förderschule Lernen bzw. 2 – 3 Schülerinnen und Schüler für die Beschulung an Förderschulen für körperlich/emotionale Entwicklung. Mit dem neuen Schulgesetz bestehe nach § 19 Abs. 5 eine gesetzliche Regelung dahingehend, dass bei Bedarf von sonderpädagogischer Unterstützung die Schulaufsicht den Eltern mit Zustimmung des Schulträgers mindestens eine allgemeine Schule vorschlägt, an der ein Angebot zum Gemeinsamen Lernen angeboten wird. Nach § 20 Abs. 5 Schulgesetz

n.F. richte die Schulaufsichtsbehörde Gemeinsames Lernen mit Zustimmung des Schulträgers an einer allgemeinen Schule ein, es sei denn, die Schule sei dafür personell und sachlich nicht ausgestattet und könne auch nicht mit vertretbarem Aufwand dafür ausgestattet werden.

Derzeit stehe nur die Kreuzschule für in Klasse 5 anzumeldende Kinder für Gemeinsames Lernen zur Verfügung. Das allein reiche nicht aus. Neue Schulen müssen daher für Gemeinsames Lernen festgelegt werden, da als Ziel 4 – 6 Schüler pro Schule für Gemeinsames Lernen angestrebt werde. Zeitnah werden Gespräche zwischen den Schulaufsichtsbeamten der Bezirksregierung, den Schulträgern und den Schulleitungen erfolgen, um zu erörtern, an welcher Schule Gemeinsames Lernen eingerichtet werden soll. Auch in den Nachbarorten seien solche Gespräche und Festlegungen geplant. In Coesfeld kämen grundsätzlich mehrere Schulen je Schulform in Betracht. In den Planungen der Schulaufsicht sind Ersatzschulen, in Coesfeld das Pius-Gymnasium, nicht enthalten. Gleichwohl kann auch diese Ersatzschule inklusive Beschulungen vornehmen. Mitte Januar werden auf Ebene der Bezirksregierung die Schulen benannt, die für Gemeinsames Lernen festgelegt wurden.

Die Bezirksregierung sei auch zuständig für die Verteilung der sonderpädagogischen Ressourcen. Die Lehrerstellen werden je Schulaufsichtsbezirk landesweit verteilt. Auch deswegen sei eine bestimmte Bündelung von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf und von Ressourcen vorgesehen.

Antrag der Maria-Frieden-Grundschule zur „Schwerpunktschule“ für körperliche und motorische Entwicklung

Frau Benting informiert, dass sich die Maria-Friedenschule mit Schreiben vom 10.10.13 als Schwerpunktschule mit dem Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung beworben habe. Mit dieser Bewerbung möchte die Schulleitung den Anstoß für die Schaffung der erforderlichen sächlichen und personellen Rahmenbedingungen geben. Das Schreiben sei an die Schulaufsicht des Kreises Coesfeld weitergeleitet worden. In Abstimmung mit dem Schulträger benenne die Schulaufsicht eine allgemeine Schule als Schwerpunktschule; dabei seien seitens des Schulträgers insbesondere bei dem Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung bauliche Belange, deren Realisierbarkeit und evtl. Kosten zu berücksichtigen. In Abstimmung mit dem Fachbereich 70, Zentrales Gebäudemanagement, sei zu prüfen, ob sich die Maria-Frieden-Schule v.a. aus baulicher Sicht als geeignete Schwerpunktschule mit dem Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung darstellt oder ob eine andere Grundschule über bessere -insbesondere- bauliche Voraussetzungen verfügt. Die Eigenschaft einer Schwerpunktschule erwerbe eine allgemeine Schule erst dadurch, dass sie über die Förderschwerpunkte Lernen, Sprache und Emotionale und soziale Entwicklung hinaus weitere Förderschwerpunkte anbietet (geistige u. körperliche Behinderungen, Sinnesschädigungen wie Hören und Sehen). Die Förderschwerpunkte Lernen, Sprache und Emotionale und soziale Entwicklung seien mittel- und langfristig an jeder allgemeinen Schulen einzurichten, und gehören damit zu jeder Schwerpunktschule.

Wanderausstellung im Stadtmuseum „Bikernieki – Wald der Toten“ vom 29.11.2013 – 08.01.2014

Frau Dr. Boland-Theißen informiert über die am 29.11.2013 eröffnete Wanderausstellung „Bikernieki – Wald der Toten“ im Stadtmuseum Das Tor. Ein Ausstellungsflyer hat jedes Ausschussmitglied bekommen. Alle Ausschussmitglieder sind zu einer Ausstellungsbesichtigung eingeladen.

Herr Dr. Robers teilt mit, dass über die Festsetzung der Kommunalen Klassenrichtzahl hinaus derzeit Gespräche mit den Schulleitungen und der Schulaufsicht geführt würden, um die Zahl der Schülerinnen und Schüler in GU-Klassen nicht zu groß werden zu lassen. Angestrebt werde hier eine Klassenfrequenz von 23 Schülern. Aktuell bedeute dies, dass die Lambertischule für 2 GU-Klassen derzeit zu viele Anmeldungen habe. Vereinbart sei, dass zunächst mit Eltern, insbesondere aus dem Überschneidungsgebiet zur Maria-Frieden-Schule gesprochen werde, um diese zu einer freiwilligen Ummeldung zu bewegen.

Sollte das nicht erfolgreich sein, sei es möglich, dass der Schulträger formale Regelungen dazu erlässt. In diesem Fall würde der Ausschuss in der nächsten Sitzung damit befasst. Damit erhielten die Schulleitungen die rechtliche Handhabe, bei begrenztem Kontingent nach sachgerechter Abwägung auch Ablehnungen auszusprechen. Im Übrigen sei denkbar, mit den Erfahrungen, die man derzeit mache, in kommenden Jahren generelle Regelungen seitens des Rates oder Ausschusses zu treffen.

Alle Fraktionen sprechen sich für den Beschlussvorschlag 1 aus. Beim Beschlussvorschlag 2 wird eine Übertragung auf den Bürgermeister teilweise kritisch gesehen. Letztlich sprechen sich alle Fraktionen dafür aus, die Entscheidungskompetenz beim Ausschuss für Kultur, Schule und Sport anzusiedeln.

Beschluss (1):

Es wird beschlossen, die kommunale Klassenrichtzahl zur Bildung der Eingangsklassen an den städt. Grundschulen für das Schuljahr 2014/15 auf 15 festzulegen und wie folgt zu verteilen:

Lambertischule:	2 Klassen
Laurentiusschule:	4 Klassen
Ludgerischule:	2 Klassen
Maria-Frieden-Schule	3 Klassen
Kardinal-von-Galen-Schule:	2 Klassen
Martin-Luther-Schule:	2 Klassen
insgesamt:	15 Klassen

Beschluss (2):

Es wird beschlossen, die Entscheidung über die Festlegung der „kommunalen Klassenrichtzahl“ und Verteilung auf die Grundschulen (8. Schulrechtsänderungsgesetz) gem. § 41 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW auf den Ausschuss für Kultur, Schule und Sport des Rates der Stadt Coesfeld zu übertragen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1	11	0	0
Beschluss 2	11	0	0

TOP 3 Antrag CDU-Fraktion bzgl. Schulhof Kardinal-von-Galen Grundschule
Vorlage: 253/2013

Beschluss:

Es wird beschlossen, die Verwaltung zu beauftragen, den Kies (welcher als Fallschutz dient) auf dem Schulhof der Kardinal-von-Galen Grundschule in Absprache mit der Schulleitung gegen ein anderes, geeignetes Material auszutauschen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	8	0	3

TOP 4 Bericht über die Ausführung des Budgets 43 - Teilbudget Kultur -
Vorlage: 266/2013

Der Ausschuss für Kultur, Schule und Sport nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 5 Bericht über die Ausführung des Budgets 51 - Teilbudget Bildung und Freizeit
Vorlage: 272/2013

Der Ausschuss für Kultur, Schule und Sport nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 6 Entwurf des Haushaltsplanes 2014 - Budget 43 - Teilbudget Kultur
Vorlage: 267/2013

Beschluss:

Es wird beschlossen, dem Entwurf des Haushaltes 2014 zum Budget 43 – Teilbudget Kultur – zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	9	0	2

TOP 7	Entwurf des Haushaltsplanes 2014 - Budget 51 - Teilbudget Bildung und Freizeit Vorlage: 268/2013
-------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------

Zu Beginn stellt Frau Benting die Grundzüge des Entwurfs für das Teilbudget Bildung und Freizeit in einer Power-Point-Präsentation vor.

Danach werden die zum Tagesordnungspunkt eingegangenen Anträge der Reihe nach abgehandelt.

1. Antrag der Fraktion Aktiv für Coesfeld vom 26.11.2013 bzgl. Errichtung von leichtathletischen Anlagen für die Schulen im Sportzentrum Süd

Herr Dr. Robers berichtet zur Historie der Veranschlagung von leichtathletischen Anlagen seit 1995. Ein projektbezogener Förderantrag bei der Bezirksregierung sei im Jahr 2000 letztlich nicht erfolgreich gewesen. In den Folgejahren sei es wegen anderer vorrangiger Investitionsmaßnahmen in den Sportzentren zur Verwirklichung nicht gekommen, mit Ausnahme einer Weitsprunganlage im Jahr 2004. In den letzten Jahren sei ein Bedarf durch die Schulen nicht vorgebracht worden.

Der vorliegende Antrag sei nicht veranschlagungsreif, insbesondere mangels näherer Angaben zur Lage, Größe und Standards. Außerdem seien Abstimmungsgespräche mit dem SG Coesfeld 06 e.V. und mit den Schulen zum tatsächlichen Bedarf notwendig. Erst dann könnten Kostenansätze ermittelt werden. Zu beachten sei aber, dass sowohl die Mittel aus der Sport- wie auch der Schulpauschale für die kommenden Jahre vollständig verplant seien. Im Zuge einer Veranschlagung z.B. im Haushalt 2015 müsste daher auch eine Abwägung und Prioritätenfestsetzung zu anderen bisher eingeplanten Maßnahmen stattfinden.

Alle Fraktionen heben die Wichtigkeit des Schulsports hervor und sehen grundsätzlich die Notwendigkeit leichtathletischer Anlagen im Sportzentrum Süd. Die Verwaltung soll die notwendigen Gespräche mit allen Beteiligten führen und Planungen vornehmen, um den Ausschuss in die Lage zu versetzen, spätestens in den Haushalt 2015 Mittel einstellen zu können. Sie beauftragen die Verwaltung, möglichst bis zu der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 12.12.2013 zu prüfen, ob und in welcher Höhe im Haushaltsjahr 2014 bereits Planungsmittel eingestellt werden müssten.

2. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von Pro Coesfeld, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Aktiv für Coesfeld vom 25.11.2013 zwecks Einstellung von Mitteln in Höhe von 3.000,- € für eine Elternbefragung der Grundschulklassen 1 und 2, ob eine Gesamtschule oder weitere Schulformen in Coesfeld gewünscht wird.

Herr Dr. Robers erläutert, dass unter diesem Tagesordnungspunkt allein die Veranschlagung von Haushaltsmitteln für eine Elternbefragung erörtert werden könne, nicht aber die Schulentwicklungsplanung an sich. Aus Sicht der Verwaltung sei die beantragte Befragung mit der formulierten Fragestellung auch ohne zusätzlichen Haushaltsansatz durchführbar.

Die beantragenden Fraktionen bekräftigen die Notwendigkeit zu einer erneuten Elternbefragung, um auch die Auffassung zweier weiterer Elternjahrgänge ermitteln zu können und das Potential z.B. für eine Gesamtschule ergründen zu können. Ggfs. könne die Fragestellung erweitert werden.

Frau Bischoff sieht in einer Elternbefragung eine logische Konsequenz, nachdem auch der Entwurf zum Schulentwicklungsplan nach 2 Jahren aktualisiert wurde. Ihres Erachtens solle die Fragestellung aber nicht nur auf eine Gesamtschule bezogen, sondern allgemeiner z.B. auf „weitere Schulformen“ bezogen werden.

Für die CDU-Fraktion erklärt Herr Rengshausen, dass man sich bei der Frage der Veranschlagung von Haushaltsmitteln enthalten werde. Die inhaltliche Fragestellung, ob eine Elternbefragung durchgeführt werden solle, müsse in einer anderen Sitzung erörtert werden.

Herr Dr. Robers macht auf den vorliegenden Grundsatzbeschluss zur Dreigliedrigkeit des Coesfelder Schulsystems und den vorangegangenen Entscheidungsprozess aufmerksam. Durch eine Elternbefragung entstehe seines Erachtens eine Ungewissheit für Eltern und Schulen.

Nach eingehender Diskussion stellt Herr Micke den Antrag zur Geschäftsordnung, die Diskussion zu beenden und über den Antrag abzustimmen. Dem stimmen die Ausschussmitglieder einstimmig zu.

3. Antrag der SPD-Fraktion vom 02.12.2013 auf Einstellung von Mittel in Höhe von 50.000,-- € zur Erarbeitung eines Raumkonzeptes und erster Investitionsmaßnahmen im Schulzentrum zwecks Umsetzung des Schulentwicklungsplanes

Herr Vogt bezieht sich auch auf seinen bereits zu den Haushaltsberatungen 2013 gestellten Antrag. Aus Sicht seiner Fraktion sei es wichtig, jetzt zügig mit den Raumplanungen für die beiden Schulen im Schulzentrum anzufangen und dafür die erforderlichen Mittel einzustellen.

Herr Dr. Robers zeigt sich irritiert vor dem Hintergrund des zuvor gefassten Beschlusses zum Mittelansatz für eine Elternbefragung. Die im Workshop vereinbarten Planungsgespräche mit den Schulleitungen des Schulzentrums zu den Raumerfordernissen beider Ganztagschulen seien seines Erachtens solange nicht sinnvoll möglich, bis die Frage, ob nicht eine andere Schulform im Schulzentrum angesiedelt wird, geklärt ist. Eine entsprechende Reaktion erwarte er auch von den Teilnehmern der avisierten Planungsgespräche.

Er teilt mit, dass für Planungen zur Schulentwicklung im Budget 51 noch ein Betrag von rd. 3.500 € in das kommende Jahr übertragbar sei. Hinsichtlich der baulichen Planungsgespräche im Schulzentrum habe die Verwaltung nach dem Workshop zwischenzeitlich eine Nachmeldung im Änderungsnachweis in fünfstelliger Höhe erwogen. Nach Bekanntwerden des Antrages bzgl. einer erneuten Elternbefragung sei das aber wieder zurückgestellt worden. Zunächst müsse Klarheit über die Richtung der Planungsgespräche hergestellt werden. Ohne einen verbindlichen Rahmen bezüglich der Schulstruktur seien Gespräche über ein Raumprogramm und konkrete Planungen im Schulzentrum nicht möglich.

Frau Bischoff ist für die Fraktion Pro Coesfeld nicht der Meinung, dass eine Elternbefragung mit den notwendigen Planungsgesprächen mit den Schulleitungen im Schulzentrum kollidiere. Gleichwohl werde die Fraktion dem Antrag der SPD nicht zustimmen.

Nach eingehender Diskussion stellt Herr Dr. Kewitz den Antrag zur Geschäftsordnung, die Diskussion zu beenden und eine Abstimmung vorzunehmen. Mit 9 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen wird dieser Vorgehensweise zugestimmt.

4. Antrag der SPD-Fraktion vom 02.12.2013 auf Einstellung von Mittel in Höhe von 10.000,- € für Investitionen rund um das Thema Inklusion

Herr Dr. Robers ergänzt, dass die Lambertischule aufgrund ihrer langjährigen Erfahrung im Gemeinsamen Unterricht von der Bezirksregierung zur „Vorreiterschule“ benannt wurde. Damit verbunden sei, dass die Schule anderen Lehrerkollegien, Schulleitungen und Verantwortlichen für Hospitationen zur Verfügung stehe. Investitionsmittel mache diese Benennung nicht erforderlich.

5. Antrag des Stadtsportringes Coesfeld e.V. vom 27.04.2013 auf Erhöhung der Sportfördermittel ab 1.1.2014 um 8.000 € auf zukünftig insgesamt 80.000 € jährlich

Herr Dr. Robers verweist auf den als Tischvorlage vorgelegten Antrag des Stadtsportringes und die beigefügte Stellungnahme der Verwaltung. Am 25.06.2013 ist der Ausschuss über den Antrag bereits informiert worden. Er erläutert die Mehrbelastungen der Vereine, die aus Sicht der Verwaltung eine Erhöhung rechtfertigen.

Alle Fraktionen heben die Bedeutung des Vereinssports als wertvolle Jugendarbeit hervor und sprechen sich für eine Erhöhung der Sportfördermittel um 8.000,- € auf dann 80.000 € jährlich aus.

Abschließend lässt die Vorsitzende über den Beschlussvorschlag entsprechend der Sitzungsvorlage unter Aufnahme der beschlossenen Veränderungen abstimmen.

Beschluss 1:

Die Verwaltung wird beauftragt, bezüglich der notwendigen leichtathletischen Anlagen im Sportzentrum Süd vorbereitende Gespräche mit allen Beteiligten (Schulen, Vereine) zu führen und Planungen vorzunehmen, um die Politik spätestens zur Haushaltsberatung für das Jahr 2015 in die Lage zu versetzen, über die Veranschlagung von Mitteln zur Errichtung weiterer leichtathletischer Anlagen im Sportzentrum Süd zu entscheiden.

Bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 12.12.2013 soll die Verwaltung klären, ob und in welcher Höhe im Haushaltsjahr 2014 dafür Planungsmittel eingestellt werden müssten.

Beschluss 2:

Es wird beschlossen, einen Ansatz in Höhe von 3.000,- € für eine Elternbefragung der Grundschulklassen 1 und 2 in den Haushalt 2014 einzustellen. Hierbei soll abgefragt werden, ob in Coesfeld die Einrichtung einer Gesamtschule oder weiterer Schulformen gewünscht wird.

Beschluss 3:

Es wird beschlossen, entsprechend dem Antrag der SPD-Fraktion vom 02.12.2013, Mittel in Höhe von 50.000,- € für die Erarbeitung eines Raumkonzeptes und daraus resultierende erste Investitionsmaßnahmen in den Haushalt 2014 einzustellen.

Beschluss 4:

Es wird beschlossen, entsprechend dem Antrag der SPD-Fraktion vom 02.12.2013 Mittel in Höhe von 10.000,- € für Investitionen rund um das Thema Inklusion in den Haushalt 2014 einzustellen.

Beschluss 5:

Es wird beschlossen, entsprechend dem Antrag des Stadtsportrings vom 27.04.2013 ab dem 01.01.2014 die allgemeine Sportförderung von 72.000,- € um 8.000,- € auf 80.000,- € zu erhöhen und im Produkt 51.30 den Haushaltsansatz 2014 entsprechend zu erhöhen.

Beschluss 6:

Es wird beschlossen, dem Entwurf des Haushaltes 2014 zum Budget 51 – Teilbudget Bildung und Freizeit – unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen mit folgender Ergänzung zuzustimmen:

Im Produkt 51.30 „Freizeit“ ist zur Herrichtung einer Rasennebenfläche im Sportzentrum West eine Investition in Höhe von 95.000 € zusätzlich zu veranschlagen.

Im Produkt 51.30 „Freizeit“ sind unter dem Sachkonto Unterhaltung von Sportanlagen 11.000 € weniger zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1	11	0	0
Beschluss 2	5	0	6
Beschluss 3	1	5	5
Beschluss 4	1	10	0
Beschluss 5	11	0	0
Beschluss 6	9	0	2

TOP 8 Anfragen

Anfragen werden in öffentlicher Sitzung nicht gestellt.

Ausschussvorsitzende

Schriftführer